



Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz
Kaiser-Friedrich-Straße 5a | 55116 Mainz

Vorsitzender des
Ausschusses für Familie, Jugend,
Integration und Verbraucherschutz
Herr Jochen Hartloff, MdL
Landtag Rheinland-Pfalz
55116 Mainz



DIE MINISTERIN

Kaiser-Friedrich-Straße 5a
55116 Mainz
Postfach 31 70
55021 Mainz
Telefon 06131 16-0
Telefax 06131 16-2644
Ministerbuero@mffjiv.rlp.de
www.mffjiv.rlp.de

Mein Aktenzeichen Ihr Schreiben vom Ansprechpartner/-in / E-Mail
Susanne Amon
susanne.amon@mffjiv.rlp.de

Telefon / Fax
06131 16-5186
06131 1617

08.12.17

**Sitzung des Ausschusses für Familie, Jugend, Integration und Verbraucher-
schutz am 28.11.2017**

**TOP 11 „Perspektivwechsel in der Familienpolitik“, Antrag der Fraktion BÜND-
NIS 90/DIE GRÜNEN, Vorlage 17/2245**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender Hartloff,

in der vorgenannten Sitzung des Ausschusses für Familie, Jugend, Integration und
Verbraucherschutz wurde der Tagesordnungspunkt Nr. 11 mit der Maßgabe der
schriftlichen Berichterstattung für erledigt erklärt.

Sie erhalten daher in der Anlage den Sprechvermerk zu diesem Tagesordnungspunkt.

Mit freundlichen Grüßen

Anne Spiegel



Sitzung des Ausschusses für Familie, Jugend, Integration und Verbraucherschutz am 28.11.2017

TOP 11 „Perspektivwechsel in der Familienpolitik“ - Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Vorlage 17/2245

Sprechvermerk

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

gerne bewerte ich das Positionspapier „In Verantwortung für Kinder – Für einen Perspektivwechsel in der Familienpolitik!“ der evangelischen arbeitgemeinschaft familie (eaf).

Die eaf ist der familienpolitische Dachverband evangelischer Institutionen und Verbände auf Bundes- und Länderebene. Sie ist neben dem Familienbund der Katholiken, dem Verband alleinerziehender Mütter und Väter, dem Deutschen Familienverband, dem Zukunftsforum Familie und dem Verband binationaler Familien und Partnerschaften einer der großen deutschen Familienverbände.

Das Papier ist das Ergebnis der Arbeit eines Beirates, der die grundlegenden familienrelevanten Veränderungen des wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Wandels in den Blick genommen hat. Es beschreibt Schlussfolgerungen daraus, wirbt für einen Perspektivwechsel in der Familienpolitik und stellt eine Reihe konkreter Forderungen an die Familienpolitik. Der Vorstand der eaf hat sich die Ausführungen zu Eigen gemacht.

Ausgangspunkt ist die Analyse, dass spätestens seit der Jahrtausendwende ein globaler wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Wandel zu spüren sei. Die Globalisierung der Arbeitsmärkte, die Flexibilisierung und eine zunehmende Prekarisierung von Beschäftigungsverhältnissen, die Verschärfung von Ungleichheit zwischen Arm und Reich und der demografische Wandel hätten starke Auswirkungen auf Familien. Zudem müssten Familien heute mit höheren Anforderungen an

Erziehung und Bildung und einer Individualisierung der Rechte der Familienmitglieder umgehen.

Das Positionspapier der eaf verdeutlicht darüber hinaus die alarmierende Zahl der Kinder, die in Armut und prekären Verhältnissen leben. Kinder in prekären Lebensverhältnissen bräuchten aber gute Chancen für ein gesundes Aufwachsen und positive Entwicklungen. Gerade diesen Familien müsste es möglich sein, am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben, die notwendigen Familienkompetenzen zu erwerben und die benötigte Alltagsunterstützung zu erhalten.

In Folge des globalen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Wandels müsse, so das Positionspapier, das Verhältnis von Familie und Staat neu bestimmt werden. Nach Meinung der eaf ist eine Zuweisung der Familie zum rein Privaten, in das sich der Staat nur bei besonderer Veranlassung einmischen darf, überholt. Vielmehr müsse der Staat sich mit seinen Angeboten stärker als bisher an den Grundsätzen einer transkulturellen Arbeit mit Familien ausrichten. Die Akteure im Sozialraum müssten effektiv zusammenarbeiten. Die staatliche Gemeinschaft müsse neben die Familien treten und strukturell fördernde, unterstützende und entlastende Rahmenbedingungen gestalten.

Die Landesregierung unterstützt diesen Grundsatz. Es ist Aufgabe des Staates, die Rahmenbedingungen für ein gutes Familienleben und Aufwachsen von Kindern für alle Familien gleichermaßen stetig zu verbessern. Deshalb stärken wir Orte der Beteiligung und Begegnung und eine familiengerechte soziale Infrastruktur. Dabei richten wir unser besonderes Augenmerk auf Familien in besonderen Lebenssituationen, wie beispielsweise alleinerziehende Familien, Mehrkindfamilien, Familien in Erwerbslosigkeit und Familien mit Migrationshintergrund, die der besonderen materiellen, infrastrukturellen und ideellen Unterstützung bedürfen. Die rheinland-pfälzischen Familieninstitutionen, wie Häuser der Familie, Mehrgenerationenhäuser, Familienzentren, Familienbildungsstätten und Lokale Bündnisse für Familie, sind wichtige Partnerinnen und Partner bei der Gestaltung einer familienfreundlichen Infrastruktur vor Ort und tragen durch ihre niedrigschwelligen Angebote zu einem besseren Familienleben bei. Die Landesregierung fördert die wichtige Arbeit der Familieninstitutionen und trägt durch

die Servicestelle „Netzwerk Familie stärken“ zu einer Profilschärfung und stärkeren Vernetzung der Angebote vor Ort bei.

Damit Familien ihre Funktion, Kraft zu tanken und sich gegenseitig zu unterstützen, erfüllen können, müssen sie Zeit füreinander haben und die Unterstützung bekommen, die sie brauchen. Die Förderung von Familien und die Verwirklichung familien- und kinderfreundlicher Lebensbedingungen ist daher ein zentrales Anliegen der Landesregierung. Diesem Anspruch können wir nur gerecht werden, wenn die unterschiedlichen Familienmodelle und ihre spezifischen und vielfältigen Bedürfnisse von uns wahrgenommen, akzeptiert und angemessen berücksichtigt werden. Der Forderung der eaf nach einem aktivierenden, stärkenden, für gute Ermöglichungsbedingungen Sorge tragenden „Förderstaat“ stimme ich daher zu.

Das Positionspapier „In Verantwortung für Kinder“ spricht sich weiter dafür aus, dass Kindeswohl zum positiven Maßstab für das Handeln in Politik und Gesellschaft zu machen. Kindeswohl bedeutet nach dem Verständnis der eaf mehr als die Abwehr von Gefahren. Vielmehr soll das kindliche Wohlbefinden im Fokus der staatlichen Familienmaßnahmen stehen.

Durch diesen Ansatz überwindet die eaf damit die Diskussion über die Höherwertigkeit von Rechten von Eltern bzw. Kindern. Sie gibt so einen wichtigen Impuls, Eltern-, Familien-, Kinder- und Jugendpolitik ganzheitlicher zu betrachten.

Folgerichtig fordert die eaf die Verankerung der Kinderrechte im Grundgesetz. Nur so könnten Kinder beispielsweise angemessen in Verwaltungsverfahren und vor Familiengerichten eingebunden und beteiligt werden. Kindeswohlinteressen müssten bei allen staatlichen Maßnahmen, die Kinder und Jugendliche betreffen, Berücksichtigung finden. Diese Forderung teile ich ausdrücklich. Wir müssen endlich Kindern in dieser Form eine eigene Stimme geben.

Quasi als Kehrseite fordert die eaf das Recht von Eltern auf Hilfe, Unterstützung und gute Rahmenbedingungen für die Wahrnehmung ihrer Elternverantwortung. Die Angebote müssten für alle Familien gleichermaßen erreichbar sein. Eine Fokussierung auf Problemlagen und die Abwehr von Gefährdungen, wie sie das Achte Buch Sozialgesetzbuch vornehme, sei nicht ausreichend. Auch diesen Gedanken teile ich, da es uns mit einer guten Familienpolitik um mehr gehen muss

als ausschließlich die Verbesserung von Problemlagen. Familien sollen sich wohl fühlen und bei uns ein gutes Leben führen können und die Unterstützung bekommen, die sie hierfür benötigen.

Die eaf fordert weiter, dass für alle Kinder ein einheitliches Kindergeld eingeführt werden solle und die Doppelstruktur von Kindergeld und Kinderfreibeträgen aufgehoben werden müsse. Auch diese Forderung geht meiner Auffassung nach in die richtige Richtung, wobei ich langfristig eine Kindergrundsicherung für das richtige Instrument erachte.

Nach der eaf soll Sorgearbeit sowohl als bezahlte als auch als unbezahlte Tätigkeit über unterschiedliche Formen der Anerkennung, Berücksichtigung und Honorierung besser gewürdigt werden. Notwendig seien eine bessere Bezahlung, Qualifizierung und Professionalisierung sowie eine gerechtere Verteilung der Fürsorge in der Familie zwischen den Geschlechtern. Auch die Landesregierung sieht hier ein wichtiges politisches Handlungsfeld, für das wir künftig noch mehr gute Lösungen finden müssen, wie zum Beispiel die bereits eingeführten Vätermonate und der Partnerbonus beim Elterngeld.

Insgesamt liefert das Papier vielfältige gute Impulse für die Weiterentwicklung und Modernisierung der Familienpolitik. Es ist deshalb besonders gelungen, weil es das Kindeswohl als Maßstab für eine gute Familienpolitik betrachtet. Das ist, wie der Untertitel des Papiers schon sagt, in der Tat ein Perspektivwechsel, den ich sehr begrüße.